



**THERE'S NO
SUCH THING AS
A REVOLUTIONARY
GOVERNMENT**

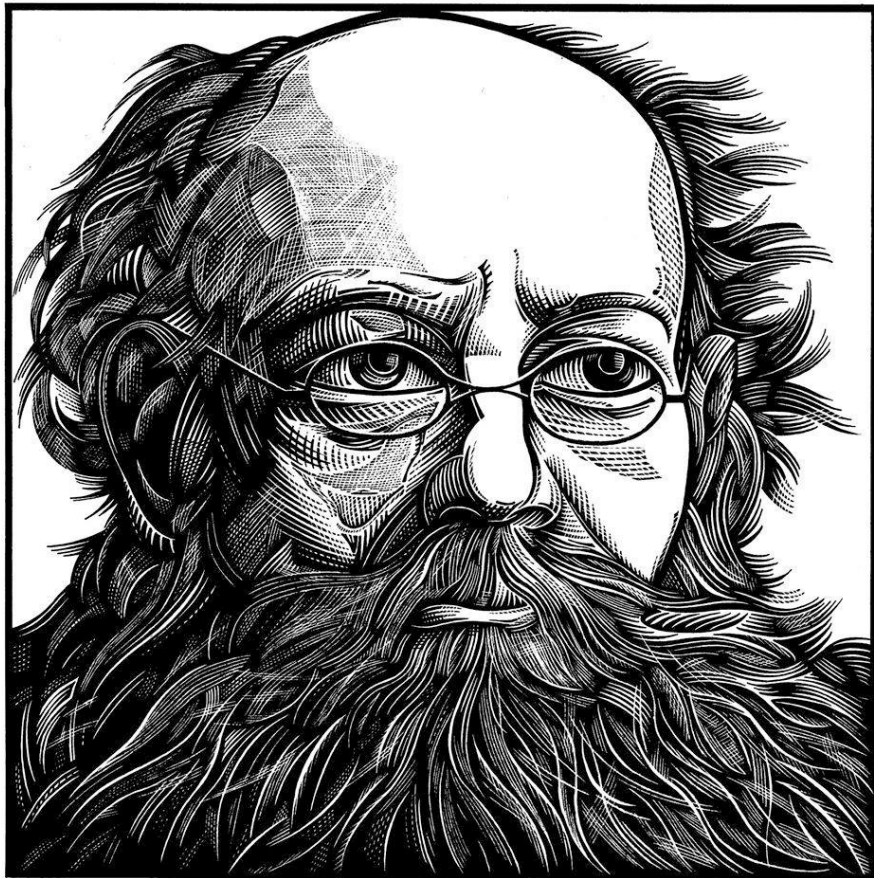
**WARUM WIR DEN STAAT
NICHT NUTZEN KÖNNEN**

UM DIE KLASSENGESELLSCHAFT

ABZUSCHAFFEN.

Crimethinc.com

Crimethinc.blogspot.de



„Entweder wird der Staat für immer alles individuelle und lokale Leben zerquetschen, alle Felder des menschlichen Lebens übernehmen, und, mit seinen Kriegen und heimischen Machtkämpfen, seinen Palastrevolutionen, welche nur eine*n Tyrann*in mit einer*m anderen ersetzen, am Ende dieses Prozesses steht unvermeidbar... der Tod! Oder die Zerstörung des Staates, und neues Leben beginnend an tausenden Orten nach dem Prinzip der lebendigen Initiative des Individuums, der Gruppen und der freien Vereinbarung. Die Entscheidung liegt bei euch!“ – Peter Kropotkin, *Der Staat und seine historische Rolle*



Kabylia hin zu Athen und Rojava – all die inspirierenden Bewegungen und Aufstände der letzten drei Jahrzehnte vereinigen Elemente aus dem anarchistischen Modell.

Anhänger staatlicher Lösungen behaupten, dass diese effizienter seien. Aber die Frage ist: In welcher Hinsicht sind sie effizienter? Es gibt keine Abkürzungen zur Befreiung; sie kann nicht von oben erzwungen werden. Falls wir darauf abzielen wahre Gleichwertigkeit zu schaffen, müssen wir uns in einer solchen Weise organisieren, die dies reflektiert, nämlich Macht zu dezentralisieren und jegliche Form von Hierarchien abzulehnen. Indem wir lokale Projekte aufbauen, welche in der Lage sind, unmittelbare Bedürfnisse durch direkte Aktionen und Solidarität anzugehen und diese weltweit verbinden, können wir große Schritte machen hin zu einer Welt, in der niemand irgendjemand anderen *beherrschen* kann. Die Art Revolution, die wir wollen, kann nicht über Nacht passieren; sie ist der fortwährende Prozess, alle Konzentrationen von Macht zu zerstören, von der heimischen Umgebung bis hin zum Weißen Haus oder dem Bundestag.

Während sich die Krise unserer Ära intensiviert, ist es quasi vorprogrammiert, dass neue revolutionäre Auseinandersetzungen ausbrechen. Anarchismus ist der einzige Vorschlag nach revolutionärer Veränderung, der sich nicht selbst in einem Blutmeer gewälzt hat. Es liegt an uns, ihn an das neue Jahrtausend anzupassen, damit wir alle nicht dazu verdammt sind, die Vergangenheit zu wiederholen.

*Dieser Text wurde aus unserem Buch **The Russian Counterrevolution** adaptiert, erhältlich über AK Press in den USA und Active Distribution in Europa, als PDF außerdem hier: cloudfront.crimethinc.com/assets/articles/2018/05/11/the-russian-counterrevolution.pdf kostenlos herunterladbar. Die Übersetzung fand durch die Schwarze Ruhr-Uni statt. Mehr zur Schwarzen Ruhr-Uni auf: schwarzerub.blackblogs.org.*

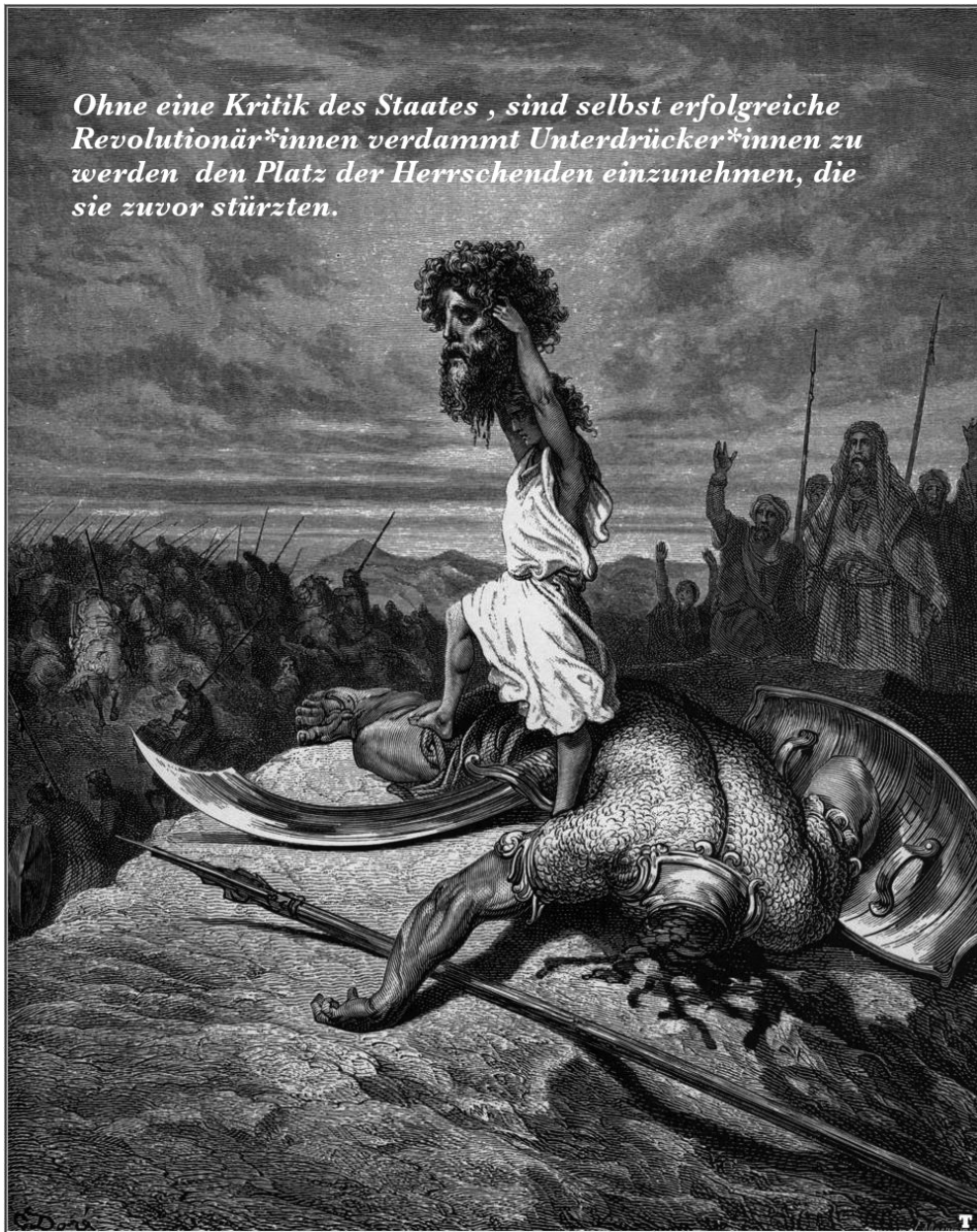
EMMMA GOLDMANN WUSSTE ES, Michael Bakunin warnte jede*n bereits ein halbes Jahrhundert vor der Russischen Revolution davor. Die Veteran*innen der Black Panther Party und Black Liberation Army Ashanti Alston und Kuwasi Balagoon zogen die selben Schlüsse: So etwas wie eine revolutionäre Regierung gibt es nicht. Mensch kann die Instrumente der Regierung nicht nutzen, um Unterdrückung abzuschaffen.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts haben Anarchist*innen beteuert, dass der Schlüssel zur Befreiung nicht darin liegt, den Staat zu übernehmen, sondern ihn abzuschaffen. Dennoch hat von Paris bis St. Petersburg, von Barcelona bis Peking, eine Generation von Revolutionären nach der anderen diese Lektion auf die harte Weise lernen müssen. Immer wieder neu zu mischen, welche Politiker*innen an der Macht sind, verändert wenig. Was zählt sind die Instrumente der Herrschaft – die Polizei, das Militär, die Gerichte, das Gefängnisssystem, die Bürokratie. Egal ob es ein*e König*in, ein*e Diktator*in oder ein Parlament ist, welche diese Instrumente steuern – die Erfahrungen am anderen Ende der Leine bleiben mehr oder minder die gleichen.

So erklärt sich, warum das Ergebnis der ägyptischen Revolution von 2011-2013 dem Ergebnis der Russischen Revolution von 1917-1921 ähnelt, welches wiederum dem Ergebnis der französischen Revolution von 1848-1851 gleicht. In jedem dieser Fälle konsolidierte sich die Macht in den Händen einer neuen Autokratie, sobald die Menschen, welche die Revolutionen geschaffen hatten, aufhörten, zu versuchen, gesellschaftliche Veränderung direkt zu bewirken und dazu übergingen, ihre Hoffnung in politische Repräsentant*innen zu setzen. Unabhängig davon, ob die neuen Tyrann*innen vom Militär, der Aristokratie oder der Arbeiter*innenklasse herbeigerufen wurden, egal ob sie versprachen die Ordnung wiederherzustellen oder die Herrschaft des Proletariats zu verkörpern, das Endergebnis war ziemlich das gleiche.

Regiert werden selbst ist eine Klassenbeziehung. Die Klassengesellschaft kann nicht abgeschafft werden, ohne die Ungleichmäßigkeit zwischen *Regierendem* und *Regiertem* abzuschaffen. Die Wirtschaft ist nur eine von vielen Bereichen, in welchen kodifiziert

*Ohne eine Kritik des Staates , sind selbst erfolgreiche Revolutionär*innen verdammt Unterdrücker*innen zu werden den Platz der Herrschenden einzunehmen, die sie zuvor stürzten.*



uns auf unmittelbarere Bedrohungen wie den Faschismus zu konzentrieren. Aber die weit verbreitete Angst vor linkem Totalitarismus hat faschistischen Anwerber*innen ihre wichtigsten Themen gegeben. Im Wettbewerb um die Herzen und Köpfe jener, die sich für noch keine Seite entschieden haben, würde es nur helfen, unsere Vorschläge für soziale Veränderung von denen abzusetzen, die von Stalinist*innen oder anderen Autoritären vorgebracht werden.

Innerhalb gesellschaftlicher Kämpfe gegen Kapitalismus, staatliche Gewalt und Faschismus sollten wir dem Wettbewerb zwischen verschiedenen Zukunftsvisionen gleich viel Bedeutung beimessen. Dies nicht zu tun, bedeutet bereits im Voraus anzunehmen, dass wir besiegt werden, bevor irgendeine dieser Visionen Früchte tragen kann. Anarchist*innen, Menschewiki, Sozialrevolutionär*innen und andere haben nach 1917 auf die harte Tour lernen müssen, dass die Versäumnis, sich auf den Sieg vorzubereiten, sich als noch verhängnisvoller erweisen kann, als die Versäumnis, sich auf die Niederlage vorzubereiten.

Die gute Nachricht ist, dass revolutionäre Bewegungen nicht auf dieselbe Art enden müssen wie die russische Revolution. Es gibt einen anderen Weg.

Statt nach der Staatsmacht zu streben, können wir Räume der Autonomie öffnen, um dem Staat die Legitimität zu entziehen und die Fähigkeit zu entwickeln, unsere Wünsche und Bedürfnisse direkt zu erfüllen. Anstelle von Diktaturen und Armeen, können wir weltweite rhizomatische Netzwerke aufbauen, um uns gegenseitig gegen jede*n zu schützen, die*der Herrschaft über uns ausüben will. Anstatt zu neuen Repräsentant*innen aufzusehen, die unsere Probleme lösen sollen, können wir Graswurzelvereinigungen erschaffen, die auf freiwilliger Kooperation und gegenseitiger Unterstützung aufbauen. Anstelle staatsgeführter Ökonomien können wir neue Gemeingüter auf einer horizontalen Basis etablieren. Das ist die anarchistische Alternative, die in Spanien in den 1930er Jahren hätte erfolgreich gewesen sein können, wäre sie nicht durch Franco auf der einen und Stalin auf der anderen Seite zerschlagen worden. Von Chiapas und

Marktkapitalismus kurz davor, die letzten Inseln sozialdemokratischer Stabilität zu verschlucken, sogar Schweden und Frankreich. Wo immer linke Parteien mit dem Versprechen, den Kapitalismus zu reformieren, an die Macht gekommen sind, wurden sie letztendlich dazu genötigt, eine neoliberale Agenda mit Sparmaßnahmen und Repressionen umzusetzen. Dementsprechend hat ihr Aufstieg zur Macht Graswurzelbewegungen die Dynamik entzogen und es rechten Reaktionär*innen ermöglicht, sich als Rebell*innen zu inszenieren, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung für sich nutzbar zu machen. Diese Entwicklung hat sich immer wieder wiederholt: In Brasilien mit der Partei der Arbeiter, in Griechenland mit Syriza, und in Nicaragua mit der Ortega-Regierung.

Das einzige andere Modell für eine „revolutionäre“ Regierung ist der unverhüllte Staatskapitalismus, wie er von China verkörpert wird, wo Eliten genauso schamlos auf Kosten von Arbeiter*innen Vermögen anhäufen wie in den USA. Wie zuvor die Sowjetunion, bestätigt China, dass staatliche Verwaltung der Wirtschaft keinen Schritt in Richtung Gleichwertigkeit darstellt.

Die Zukunft mag neoliberale Verelendung, nationalistische Enklaven, totalitäre Planwirtschaftssysteme, oder die anarchistische Abschaffung des Eigentums selbst bereit halten – wahrscheinlich wird sie alles davon beinhalten – aber es wird zunehmend schwieriger, die Illusion aufrecht zu erhalten, irgendeine *Regierung* könne die Probleme des Kapitalismus für irgendwen bis auf eine privilegierte Minderheit lösen. Faschist*innen und andere Nationalist*innen zielen darauf ab, aus dieser Desillusionierung Kapital zu schlagen, um für ihre eigenen Formen des ausschließenden Sozialismus zu werben; wir sollten ihnen nicht dadurch den Weg ebnen, dass wir die Idee legitimieren, der Staat könnte Arbeiter*innen dienen, wenn er nur richtig *geführt* würde.

Du kannst der Gesellschaft einen Plan aufzwingen, oder du kannst gemeinsam Räume der Freiheit schaffen, aber du kannst nicht beides gleichzeitig.

Manche haben vorgebracht, dass wir unsere Konflikte mit Anhänger*innen des autoritären Kommunismus aussetzen sollten, um

Machtunterschiede mithilfe von sozialen Konstrukten erzwungen werden. Politik ist ein anderer. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist für die Wirtschaft, was staatliche Macht für die Politik ist.

Ohne eine Kritik des Staates sind selbst erfolgreiche Revolutionär*innen, sobald sie am Zug sind, verdammt, Unterdrücker*innen zu werden und nehmen die Stelle der Herrschenden ein, die sie zuvor stürzten.

Marx und Lenin schafften enorme Verwirrungen, indem sie versprachen, der Staat könne genutzt werden, um die Klassengesellschaft *abzuschaffen*, wonach der Staat irgendwie verschwände. In anderen Worten, „die Arbeiter“, sprich eine Partei, die erklärt sie zu vertreten, das Gleiche, was jede andere regierende Partei tut — könnten die Polizei, das Militär, die Gerichte, das Gefängnisssystem, die Bürokratie und all die anderen Instrumente des Staates erhalten, aber diese würden magisch beginnen, Gleichwertigkeit statt Ungleichheit zu produzieren. Damit stellt sich die Frage: Was ist der Staat? In erster Linie ist er die Konzentration von politischer Legitimität in bestimmten Institutionen, im Kontrast zu den Menschen, über die diese herrschen. Das ist die genaue Definition von Ungleichheit: Denn alle, die in diesen Institutionen Macht haben, sind gegenüber allen Anderen privilegiert. Obwohl Marxist*innen und Leninist*innen in Dutzenden von Revolutionen die Macht übernommen haben, hat keine Einzige von diesen erfolgreich die Klassengesellschaft abgeschafft — und statt zu verschwinden, wurde der Staat als Ergebnis nur noch mächtiger und invasiver. Wie der Sonvillier Circular es klarstellte: „Wie können wir erwarten eine gleichwertige und freie Gesellschaft könnte aus einer autoritären Organisation entstehen?“

Wenn Revolutionär*innen versuchen, Klassenunterschiede, die durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln entstehen, aufzulösen, indem sie dem Staat die Kontrolle über die Produktionsmittel geben, macht das einfach die Klasse mit der politischen Macht zu den neuen Kapitalist*innen. Das Wort dafür ist Staatskapitalismus. Wo immer wir politische Repräsentation und bürokratische

Verwaltung sehen, werden wir auch eine Klassengesellschaft finden. Die einzige *wirkliche* Lösung gegen wirtschaftliche und politische Ungleichheit ist es, die Mechanismen abzuschaffen, welche Machtunterschiede überhaupt erst schaffen — nicht mit Hilfe staatlicher Strukturen, sondern durch das Organisieren dezentraler Netzwerke für Selbstbestimmung und gemeinschaftliche Verteidigung, die es unmöglich machen, die Privilegien jeglicher wirtschaftlicher oder politischer Eliten durchzusetzen. Das ist das Gegenteil von Machtübernahme.

Regierungen jeder Art sind Gegner*innen dieses Projektes. Die erste Bedingung jeder Regierung, um Macht innehaben zu können, ist ein Gewaltmonopol zu erreichen. Im Kampf um die Erringung dieses Monopols gleichen sich faschistische Despoten, kommunistische Diktaturen und liberale Demokratien. Und um es zu erreichen, endet selbst die scheinbar radikalste Partei darin, mit anderen mächtigen Akteuer*innen zu konspirieren. Das erklärt, warum die Bolschewisten zaristische Offizier*innen und Aufstandsbekämpfungsmethoden nutzten, es erklärt, warum sie sich wiederholt auf die Seite des Kleinbürger*innentums gegen die Anarchist*innen schlugen, erst in Russland und dann später in Spanien und anderswo. Die Geschichte straft Lügen um das alte Alibi, die bolschewistische Repression sei notwendig gewesen um den Kapitalismus abzuschaffen. Das Problem mit dem Bolschewismus war nicht, dass er knallharte Gewalt nutzte um eine revolutionäre Agenda voranzutreiben, sondern dass er knallharte Gewalt nutzte, um sie zu vernichten.

Heute ist es nicht besonders populär, irgendetwas davon anzuerkennen, wo die Fahne der Sowjetunion eine trübe an Be-

deutung verlierende Leinwand geworden ist, auf die Menschen alles, was sie sich wünschen, projizieren können. Eine Generation, die nach dem Fall der Sowjetunion aufgewachsen ist, hat das Hirngespinnst erneuert, dass der Staat all unsere Probleme lösen könnte, falls nur die Richtigen das Sagen hätten. Apologet*innen für Lenin und Stalin nutzen genau die selben Entschuldigungen für diese, wie jene, die wir von Befürworter*innen des Kapitalismus hören. Sie zeigen auf die Weisen, in denen Konsument*innen unter ihrer Herrschaft profitieren würden, oder argumentieren, dass die Millionen, die sie ausbeuteten, inhaftierten und töteten, es nicht anders verdient hätten.

In jedem Fall ist eine Rückkehr zum staatlichen Sozialismus des 20. Jahrhunderts unmöglich. Wie in dem alten Ostblock-Witz, ist Sozialismus der schmerzhafteste Übergang zwischen Kapitalismus und Kapitalismus. Aus diesem Blickwinkel können wir sehen, dass die vorübergehende Vormachtstellung des Sozialismus im 20. Jahrhundert nicht den krönenden Abschluss der Weltgeschichte, wie ihn Marx vorhergesagt hatte, darstellt, sondern einen Abschnitt in der Verbreitung und Entwicklung des Kapitalismus. „Real existierender

Sozialismus“ diente dazu, post-feudale Wirtschaftsformen für den globalen Markt zu industrialisieren; er stabilisierte durch diesen Übergang unruhige Arbeiter*innenschaften auf dieselbe Art wie es das fordistische Abkommen im Westen tat. Staatlicher Sozialismus und Fordismus waren beide Ausdruck eines vorübergehenden Waffenstillstands zwischen Arbeiter*innenschaft und Kapital, den die neoliberale Globalisierung unmöglich gemacht hat.

Heute steht der entfesselte freie



Sowjetische Panzer rollen durch die Straßen von Budapest, um die Revolte 1956 niederzuschlagen.